

Regieren mit hohem Risiko: Sind die Neos wieder im Spiel?

Schwarz-Rot hätte nur eine hauchdünne Mehrheit. Daher soll ein neues Angebot an die Neos auf dem Tisch liegen.

WIEN. Bei den Regierungsverhandlungen waren am Donnerstag auch die Neos wieder im Spiel: Sie sollen, wie aus schwarzen und roten Verhandlerkreisen zu hören war, einmal mehr das Angebot bekommen haben, Teil einer Regierungskoalition zu werden. Dafür könnten sie Ministerämter erhalten (Bildung, Äußeres). Die Pinken waren am Donnerstag auf Tauchstation.

Fest steht: Um stabil regieren zu können, brauchen Schwarz und Rot Unterstützung von einer anderen Partei – was auch der Grund dafür war, dass ÖVP und SPÖ in Runde eins der Regierungsverhandlungen die Neos mit ins Boot geholt hatten. Diese Verhandlungen scheiterten bekanntlich Anfang Jänner, nachdem die Neos entnervt aus den Verhandlungen ausgestiegen waren.

ÖVP und SPÖ kommen im Natio-

nalrat nur auf eine hauchdünne Mehrheit mit einem Mandat Überhang (92 von 183 Mandaten). Das verleiht nicht nur jedem einzelnen der schwarzen und roten Mandatare sehr viel Macht. Es wäre vor allem im Fall eines Misstrauensantrags gegen die Regierung ein enormes Risiko. Dafür braucht es nur eine einfache Mehrheit. Ist auch nur ein Mandatar krank, könnte die Opposition mit dem Misstrauensantrag durchkommen. Zum Vergleich: Die letzte rot-schwarze Regierung regierte mit einer Mehrheit von 103 Mandaten. Und Türkis-Grün hatte mit 97 Mandaten elf Mandate mehr als die Opposition.

Dass es Gespräche gibt, um derartige Szenarien zu verhindern, hat auch Grünen-Chef Werner Kogler am Donnerstag in der „ZiB 2“ bestätigt. Er stellte Schwarz-Rot eine Art

Garantieerklärung in Aussicht: Die Grünen würden keinen Misstrauensantrag der FPÖ unterstützen, um der Regierung das Arbeiten zu ermöglichen. Er, Kogler, gehe davon



**Neos-Chefin
Beate Meinel-
Reisinger.** BILD:
SN/APA/GEORG HOCHMUTH

aus, dass die Blauen regelmäßig einen Misstrauensantrag stellen würden, um Neuwahlen zu erzwingen.

Mit einer ebenfalls äußerst knappen Mehrheit das Land regiert hat zuletzt Bruno Kreisky 1971 und 1975 (93 von 183 Mandaten). Allerdings handelte es sich um eine SPÖ-Alleinregierung, was die Sache an sich

schon einfacher machte. Aber auch damals mussten mitunter kranke Abgeordnete für wichtige Abstimmungen herbeigekarrt werden. Einmal sei ein Mandatar aus dem Spital geholt worden, erinnert sich Parlamentsexperte Werner Zögernitz: „Der hat dann in einem Abgeordnetenzimmer gewartet, bis abgestimmt wurde.“ Als problematisch bei derartig knappen Mehrheitsverhältnissen würden sich stets die Sommermonate erweisen. „Wenn etwa kurzfristig eine Sitzung anberaumt wird, Abgeordnete aber auf Urlaub in Übersee sind.“

Apropos Macht der Einzelnen: Dass Abgeordnete im Nationalrat gegen die eigene Fraktion stimmen, wäre kein Novum. Dass ein Einzelnr, der nicht mitstimmt oder die Seiten wechselt, alles ins Wanken bringen könnte, schon. Nach der

Nationalratswahl wurde bereits gemutmaßt, dass der eine burgenländische Mandatar im SPÖ-Klub jederzeit ein Veto einlegen könnte, weil die burgenländische SPÖ stets gegen eine rote Regierungsbeteiligung war.

Dass Mandatare in der laufenden Legislaturperiode den Klub wechseln oder aus dem Klub ausgeschlossen werden, gab es auch immer wieder: So wurde der Ex-Grünen-Politiker Efgani Dönmez, der 2017 für die ÖVP in den Nationalrat einzog, bald „wilder Abgeordneter“: Er wurde wegen eines Sexismus-Sagers aus dem schwarzen Klub ausgeschlossen. Einen Mandatar wegen Fehlverhaltens aus dem Parlamentsklub auszuschließen können sich ÖVP und SPÖ, wenn sie sich auf eine Zusammenarbeit einigen, nicht mehr leisten. **zim, a.k., mars**